

Deklaration: Mehr Bürgernähe durch starke Kommunen in Europa!

Am 16. Oktober luden die Europabüros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen zusammen mit den Europabüros der kommunalen Spitzenverbände zu einem internationalen Kommunalforum unter dem Titel „Die Reform Europas - Mehr Bürgernähe durch gestärkte Kommunen!“ nach Brüssel ein. Hochrangige Vertreter der kommunalen, regionalen, nationalen und europäischen Ebene diskutierten darüber, wie der europäische Reformprozess nach dem irischen Nein zum Vertrag von Lissabon (vgl. *Brüssel Aktuell* 21/2008) wieder in Gang gebracht werden kann. Hierbei waren sie sich einig, dass die Kommunen gestärkt und die Kommunikation zwischen der Europäischen Union und der kommunalen Ebene verbessert werden müssen. Als Höhepunkt des Forums im Ausschuss der Regionen (AdR) wurde die Deklaration „Mehr Bürgernähe durch starke Kommunen in Europa!“ verabschiedet.

Zum Auftakt der Veranstaltung „Die Reform Europas – Mehr Bürgernähe durch gestärkte Kommunen!“ betonte Christian Schramm, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, des Sächsischen Städte- und Gemeindetags und Oberbürgermeister von Bautzen, dass für die Handlungsfähigkeit der Europäischen Institutionen mehr Bürgernähe wichtig sei und Entscheidungen wirksam kommuniziert werden müssten. Um Nachhaltigkeit zu sichern, müsse man nicht nur die Köpfe, sondern auch die Herzen erreichen. Die Menschen würden in einer zunehmend globalisierten Welt Halt und Verlässlichkeit suchen, die sie in ihren Heimatregionen, Städten und Gemeinden finden, so Schramm.

Neben Kommunikation ist auch das Vertrauen der Bürger wichtig

Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, stellte im Rahmen der Diskussion klar, dass man eine Überzeugung von Europa nur von unten schaffen könne. Hierzu sei eine andere Kommunikationsstrategie als bisher und eine Abkehr von der unüberschaubaren Reglungsdichte auf EU-Ebene erforderlich. Staatsminister Günter Gloser aus dem Auswärtigen Amt betonte, dass den Bürgern die Aversion gegen Europa genommen werden müsse. Die Bürger müssten lernen, objektiv mit Europa umzugehen und bei fraglichen Entscheidungen nicht das ganze „Projekt Europa“, sondern nur die einzelne Regelung in Frage zu stellen.

Der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Vorsitzender der deutschen Delegation im AdR und Präsidiumsmitglied des Deutschen Städtetages, hielt es für problematisch, dass der Bezug der EU-Kommission zu den Kommunen im operativen Geschäft im Moment fehle. Dies habe z. B. die Folge, dass Bürgermeister oft gar nicht wüssten, woher ihre Fördergelder kämen und die Information so auch nicht an die Bürger weitergetragen werden könne. Da es aber eine gesamteuropäische Öffentlichkeit nicht gebe, müsse die Kommunikation über die EU-Politik auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene erfolgen. Insbesondere fehle bislang eine regionalspezifische Kommunikationsstrategie, so Maly. Ferner seien neben einer guten Kommunikation Vertrauen und eine gute Rechtssetzung erforderlich. Diese Ansicht wurde auch von Dr. Angelika Vetter von der Universität Stuttgart bestätigt. Sie betonte, dass Bürger ein gewisses Vertrauen bräuchten und Europa für sie spürbar sein müsse. Das meiste Vertrauen habe im Moment die kommunale Ebene, wovon die EU indirekt profitieren könne, so Vetter.

Ergebnis: Deklaration – Mehr Bürgernähe durch starke Kommunen in Europa!

Am Ende der Veranstaltung wurde die Deklaration der kommunalen Spitzenverbände „Mehr Bürgernähe durch starke Kommunen in Europa!“ verabschiedet. Sie setzt sich für eine Stärkung von Städten, Landkreisen und Gemeinden in Europa ein. Kernaussage ist, dass Europa Reformen braucht, um auch zukünftig erfolgreich und bürgernah regiert werden zu können. Dabei ist ein gegenseitiges respektvolles und gleichberechtigtes Zusammenwirken aller demokratisch legitimierten Ebenen eine unverzichtbare Voraussetzung. Die gesamteuropäischen Herausforderungen wie der Klimawandel, die demografische Entwicklung, die Globalisierung oder die gleichbleibend gute Versorgung der Bürger mit Dienstleistungen können nur mit starken Kommunen bewältigt werden. In der Erklärung werden die Verwirklichung des EU-Reformvertrages, die Sicherung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts, die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips, die Respektierung der örtlichen Entscheidungsspielräume sowie die Schaffung eines Europas der Bürger gefordert. Diese Deklaration sowie weitere Informationen zu der Veranstaltung sind auf der Homepage der Europabüros der bayerischen und baden-württembergischen Kommunen unter <http://www.ebbk.de/veranstaltungen> und in Kürze unter <http://www.europabuero-bw.de/aktuelles.htm> verfügbar. (NH)